

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No 468

Mittwoch, 15. September 2010

16. Jahrgang

Besetzung der Universität: für eine öffentliche und autonome Bildung!

Die öffentliche Universität Guatemalas hat – wie in andern lateinamerikanischen Ländern – in den letzten Jahrzehnten immer mehr private Konkurrenz bekommen. In Guatemala, wo 25% der Bevölkerung nach wie vor nicht lesen und schreiben können, gibt es nebst der öffentlichen traditionellen Universität San Carlos (USAC) 11 private Universitäten. Laut Verfassung sollte 5% des staatlichen Haushalts an die USAC gehen, aktuell sind es aber bloss 2.3%. Nach der Repression, welcher während dem bewaffneten Konflikt der 1980er und 90er Jahren StudentInnen und DozentInnen ausgesetzt waren, sind es heute der Neoliberalismus und die um sich greifende Privatisierung, welche die Autonomie der USAC bedrohen. Vor diesem Hintergrund hat eine Gruppe von 150 StudentInnen, unterstützt von Tausenden anderen, die Vereinigung der Studierenden für die Autonomie (EPA) gegründet und hält seit einem Monat zwei Gebäude auf dem Universitätscampus besetzt. Seit dem 27. August befinden sich 5 Personen im Hungerstreik aus Protest gegen den Obersten Universitätsrat (CSU), der nicht in den Dialog mit den Studierenden treten will. Auch wenn versucht wird, die VertreterInnen der EPA zu kriminalisieren, ihnen Gewaltakte zu unterstellen, ihnen vorgeworfen wird, keine Perspektiven zu haben, bestechen sie mit ihrer politisch-ideologische Überzeugung und klaren Forderungen.

Das folgende, etwas gekürzte Interview mit drei VertreterInnen der EPA wurde am 3. September von der Nachrichtenagentur Argenpress geführt.

Argenpress: Wie ist die Situation in der besetzten Universität und wie seht ihr die Zukunft?

EPA: Es ist eine der längsten Besetzungen, die es an der USAC je gab. Die Medien berichten mehr oder weniger über unsere Forderungen. Einerseits geht es darum, dass man uns das Recht genommen hat, die StudentenvertreterInnen in den verschiedenen Direktionsgremien der Universität und der Fakultäten zu wählen. Der entsprechende Änderungsvorschlag am Universitätsgesetz wurde von einer Gruppe DozentInnen eingereicht. Aber das ist nicht der Hauptgrund der Besetzung, sondern bloss der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, die Spitze des Eisbergs. Eigentlich geht es darum, die neoliberale Politik zu bekämpfen, die sich auch in der Universität eingeschlichen hat.

Wir fragen uns: In wessen Dienste steht die Universität San Carlos heute? In welche Richtung driftet der Unterricht ab? Wem dient die Wissenschaft? Weshalb verschliesst man dem Volk den Zugang zum Studium? Es gibt neu Aufnahmeprüfungen mit der Begründung, man wolle die akademische Qualität verbessern, dabei geht es nur darum, den massiven Andrang zu limitieren. Was sie jetzt mit den Wahlen der StudentenvertreterInnen machen, ist nichts anderes, als unser Recht als Studierende einzuschränken, und es ist eine kleine Kostprobe dessen, was alles sonst noch auf dem Spiel steht: Man will ein neoliberales Modell einführen. Die USAC stammt aus einer Zeit, als sich der Staat noch aktiv um die Probleme seiner Bevölkerung kümmerte. Aber mit dem wilden Kapitalismus der letzten Jahre und dem Neoliberalismus veränderte sich das Univeristätsmodell stark. Dem Kampf um die Autonomie der Universität wurde mit Repression begegnet, viele StudentInnen wurden umgebracht, viele Intellektuelle gingen ins Exil.

Argenpress: So geht es also im Endeffekt um einen Protest gegen die Privatisierung der höheren Bildung?

EPA: Genau. Bei der Privatisierung geht es nicht bloss darum, dass den Studierenden Gebühren verlangt werden; die Privatisierung ist Teil einer Logik, die sich in den Universitätsbetrieb einschleicht. Sie bestimmt die Mentalität sowohl der Dozierenden wie auch der Studierenden. Man sieht das daran, dass kein Interesse an der Analyse der sozialen Realität besteht, in der wir Leben. Die neoliberale Logik bricht im Verlaufe des Studiums jeden kritischen Geist und lässt vergessen, dass der Staat die Pflicht hat, sich für den öffentlichen Dienst, zu dem die Bildung nun mal gehört, einzusetzen. Aber diese verarmten, destabilisierten und auseinandergenommenen Staaten wie Guatemala lassen die Armen in ihrer Armut sitzen. Wer das Privileg hat, in einen Hörsaal zu treten, sollten in der Lage sein, die Situation zu analysieren, aber den meisten bleibt diese Möglichkeit versagt. Nun: In der Universität gibt es viele grosse und komplexe Probleme. Es herrscht zum Beispiel eine krasse Korruption,

die politischen Parteien spielen ein schmutziges Spiel, es sind viele ökonomische Interessen im Spiel ... Die Uni ist heute völlig von diesen Kräften eingenommen. Doch eigentlich gehört sie dem Volk, denn die BürgerInnen finanzieren sie mit ihren Steuern. Aus all diesen Gründen fordern wir eine profunde Universitätsreform. Wir müssen neue Bildungsmodelle entwickeln, die partizipativ und integral sind. Die den Humanismus in seinem wahren Sinn fördern und nicht ein kommerzielles Denken, wie das in den letzten Jahren geschehen ist, seit der Neoliberalismus und der Individualismus uns dominieren. Den Sozialwissenschaften zum Beispiel wird permanent das Budget gekürzt, man vernachlässigt sie.

All diese Probleme kulminierten nun darin, dass wir unsere VertreterInnen nicht mehr wählen dürfen. So haben wir entschieden, dass der Moment gekommen ist, etwas zu tun. Diese Probleme gehen weit über die Universität hinaus, sie betreffen auch andere soziale Sektoren. Wir glauben aber, dass die Universität ein Motor sein kann, der auch andere Sektoren antreiben und weit führende Prozesse ins Rollen bringen kann. Es ist klar, dass solche Veränderungen den Mächtigen nicht gefallen. Es ist deshalb auch logisch, dass unser Protest verhindert werden soll und unsere Forderungen übergangen werden. Unsere öffentliche Universität hat sich schon seit langem aus der Diskussion über die nationalen Probleme zurückgezogen, sie hat sich in den letzten Jahren nicht mehr zu Wort gemeldet. Deshalb werden die StudentInnen, die sich jetzt mobilisieren und der Universität ihre traditionelle Rolle zurückgeben wollen, verteufelt.

Argenpress: „Die Universität soll sich auf ihre historische Rolle zurückbesinnen ...“ Es ist lange her, seit man solche Forderungen gehört hat. Kann man das überhaupt noch ernst nehmen, glaubt noch jemand an einen neuen „Pariser Mai“? Zweifellos hat die Jugendbewegung, die ihr repräsentiert, eine wichtige politische Bedeutung, nicht nur für Guatemala, sondern auch für andere Bewegungen Lateinamerikas, aber trotzdem ...

EPA: Es stimmt, dass die StudentInnenbewegung während vielen Jahren zerschlagen war. Aber wir sind viele, die entschieden haben, ihre Stimme zu erheben; nicht nur für das, was an unseren Universitäten läuft, sondern auch wegen allen anderen Ungerechtigkeiten. Als StudentInnenbewegung protestieren wir nicht nur gegen das, was auf dem Campus läuft, sondern auch gegen das, was mit der Gesellschaft geschieht, national und international. Wir sind uns bewusst, dass es um mehr als unser punktuelles Problem geht. Der erste Schritt, den wir in der Universität machen müssen, ist, unseren KollegInnen bewusst zu machen, dass keine besser als der andere ist. Wir müssen uns der strukturellen Probleme bewusst werden, die es in den Bereiche Gesundheit, Bildung, Wohnen, Arbeit, Zugang zu Land gibt. Dass jemand an einer Universität studiert, bedeutet nicht, dass ihn der Rest nichts angeht, im Gegenteil: er oder sie hat die ethische Pflicht, etwas zur Lösung dieser Probleme beizutragen. Die Universität muss im Dienste des Volkes stehen und nicht umgekehrt. Doch die Privatisierungsideologie bereitet uns nur darauf vor, skrupellose UnternehmerInnen zu werden, die dem Geld nachrennen. Darauf werden die Studierenden in allen privaten Universitäten vorbereitet. Die nationalen Probleme werden ausgeblendet, Politik ist ein Schimpfwort.

Argenpress: Wir stehen vor wichtigen Veränderungen: man muss der Politik wieder Sinn geben, sie vom Stigma des „Mafiageschäfts“ befreien. Eure Jugendbewegung geht in diese Richtung. Aber: Wo steht ihr bei der Suche nach politischen Lösungen eurer Forderungen nach einem Monat Universitätsbesetzung?

EPA: Wir sind eine Gruppe Jugendlicher zwischen 18 und 24 Jahren, die die historischen Kämpfe der Universität wieder einfordern: Wir wollen positive Veränderungen für das Volk. Es ist der Moment, um ernsthafte gesellschaftliche Veränderungen anzudenken, denn es geht uns jeden Tag schlechter, die Ungerechtigkeit nimmt zu, die Gewalt ebenfalls.

Nach einem Monat der Besetzung merkt der *Oberste Universitätsrat* (CSU), dass es ratsam wäre, einen Kongress einzuberufen, der eine mögliche Universitätsreform voranbringen könnte. Wir lassen uns aber nur darauf ein, wenn wir sicher sind, dass ein solcher Kongress eine ernsthafte Sache ist und alle Probleme innerhalb und ausserhalb der Universität angesprochen werden können. Er muss partizipativ sein und den verschiedenen Sektoren der Gesellschaft Platz einräumen. Der legale Spielraum, in dem ein ein solcher Kongress durchgeführt werden kann, ist eng, aber wenn der politische Wille vorhanden ist, können kreative Lösungen gefunden werden. Unter diesen Voraussetzungen sind wir bereit, die Besetzung abubrechen. Bisher wurde jedoch damit gedroht, den StudentInnen, die an der Besetzung teilnehmen, die Immatrikulation zu entziehen. Und es wird ein Bild von uns gezeichnet, das uns als RandaliererInnen und gewalttätige SpinnerInnen darstellt. Wir sind bereit zum Dialog, absolut, es ist der CSU, der die Sache nicht ernst nimmt und keinen seriösen und konstruktiven Dialog will.

Argenpress: Könnte sich der Fall der UNAM in Mexico wiederholen, deren Türen ein Jahr lang geschlossen blieben?

EPA: Wir hoffen es nicht. Aber angesichts des Rückschritts in unserer öffentlichen Universität ist ein Jahr ohne Unterricht, das dafür genutzt wird, Antworten auf die erwähnten Probleme zu finden, keine verlorene Zeit wäre, im Gegenteil.

Bisher gab es einige Fälle von Provokationen, was unsere Sicherheit betrifft: Helikopter sind übers Unigelände geflogen, verdächtige Autos haben uns verfolgt, Wächter haben Koffer in den Campus gebracht, ohne dass wir

deren Inhalt kannten, aber es ist nichts Schlimmeres passiert. Einmal griffen ein paar Dozenten an, und zwei Kollegen von uns mussten ins Spital gebracht werden, aber wir konnten die Professoren identifizieren. Klar ist unsere Sicherheit bedroht, und es könnte auch sein, dass die Polizei uns auf Befehl des CSU gewaltsam räumen kommt. Aber unser Widerstand ist friedlich, darin sind wir uns einig, und das kommunizieren wir auch so. Und ausserdem schützt uns die Verfassung.

Argenpress: Das „Desaster“, das heute an der öffentlichen Universität herrscht, spielt eigentlich dem neoliberalen Diskurs in die Hände, der „öffentlich“ mit „defizitär“ gleichsetzt, egal ob es um Gesundheit, Bildung oder sonst ein öffentliches Gut geht, und „privat“ mit „effizient“, „organisiert“, „gut“. Wenn jemand dafür bezahlen kann, zieht er oder sie das Private vor. Und im Fall der Bildung gibt es 11 Universitäten, die auf StudentInnen waren ...

EPA: Genau. Das ist der Trend der letzten Jahre. Alles wird privatisiert, alles ist verhandelbar, alles ist käuflich. Auch die höhere Bildung. Dies bringt den Besitzern der privaten Unternehmen, inklusive Universitäten, Gewinn, aber die akademische Qualität ist damit überhaupt nicht garantiert. An der Universität San Carlos werden aktuell bloss 20% der InteressentInnen zugelassen. Wer nicht reinkommt und es sich leisten kann, geht auf eine private Universität. Zu sagen ist allerdings, dass auch die 20% erfolgreichen bereits von privaten Gymnasien kommen, was wiederum etwas über die Qualität der öffentlichen Volksschule aussagt, die ihre SchülerInnen offenbar nicht auf ein Universitätsstudium vorbereiten kann.

Unsere Bewegung wird von der Presse angegriffen. Wir seien gewalttätig, RumtreiberInnen, immer verkatert. Sie stellen uns dar, als wären wir an der aktuellen Krise in der Universität schuldig. Doch wir haben die Krise nicht ausgelöst, die hat sich über die letzten Jahre entwickelt. Und es sind auch nicht wir, die keine Lösungen vorzuschlagen hätten, um die Situation zu verändern.

Von Ex-Polizei-Direktoren und ihren Pflichten ...

Guatemala, 10. Sept. In den letzten Wochen gab es vermehrte Berichte über BeamtInnen und Chefs der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC), die diese Institution nicht gerade in ein positives Licht rücken. Hier eine kleine Zusammenstellung:

26. August: Der Ex-Direktor der PNC, Baltasar Gómez, und der stellvertretende Direktor der Abteilung für Logistische Unterstützung, Héctor Israel Lapoyeu, wurden zu 5 und 2 Jahren Haft und einer Strafe von 430.000 (ca. 54.000 US-\$). Quetzales verurteilt. Gómez wegen Nichterfüllung seiner Pflicht und einer Geldhinterziehung von 40.000 Q. Die Geldhinterziehung konnte Lapoyeu nicht nachgewiesen werden, weshalb dessen Strafe geringer ausfiel.

1. September: Die CICIG beschuldigte einen weiteren Ex-Direktoren der PNC, Erwin Sperisen, sowie den damaligen Innenminister Carlos Vielman und den ehemaligen stellvertretenden Direktor der Abteilung für Kriminalermittlungen, Javier Fiegueroa, im September 2006 an der extralegalen Hinrichtung von Häftlingen im Gefängnis El Pavon beteiligt gewesen zu sein. Laut Sperisen, der in Genf lebt und die doppelte Staatsbürgerschaft besitzt, ist dies pure Verleumdung, in die Welt gesetzt von Drogenhändlern, die er damals bekämpfte. Währenddessen wurde von der CICIG ein internationaler Haftbefehl wegen aussergerichtlicher Exekution und illegaler Vereinigung ausgestellt. Allerdings wird Sperisen kaum nach Guatemala zurückkehren, da es kein Auslieferungsabkommen mit der Schweiz gibt (nur Belgien, Spanien und Grossbritannien in Europa verfügen über ein solches Abkommen).

2. September: Die Staatsanwaltschaft beantragte, einen weiteren Ex-Direktor der PNC, Porfirio Pérez Paniagua, vor Gericht zu laden. Er wird beschuldigt, an dem Verschwinden von 119 kg Kokain am 16. August letzten Jahres mitverantwortlich zu sein. Im Gegenzug bat die Verteidigung von Pérez Paniagua, die Ermittlungen einzustellen, da der Zeuge und Ex-Polizist José Ángel Bach ihn in seiner Aussage nicht beschuldigt habe, am Verbrechen teilgenommen zu haben. Laut Pérez Paniagua handelt es sich bei der ganzen Angelegenheit um einen Komplott gegen ihn, hinter dem der Ex-Regierungschef Raúl Velásquez und eine weitere Ex-Polizeidirektorin, Marelne Blanco Lapola, stecken.

Am gleichen Tag wurde bekannt, dass seit 2008 insgesamt 924 Personen die PNC verlassen haben. In vielen Fällen geschah dies aufgrund von Umstrukturierungen innerhalb der Institution, in anderen handelte es sich um Entlassungen wegen Fehlverhalten. Gegen 25% der Personen wurde gerichtlich vorgegangen. So wurden zwischen 2008 und 2009 153 Ex-BeamtInnen vor Gericht gestellt und bereits weitere 115 in diesem Jahr. Laut PNC-Sprecher Donald González haben nicht alle Fälle direkt mit der Polizeiarbeit zu tun, es kämen auch zivile Probleme oder Sachlagen hinzu, die ausserhalb der Institution liegen.

Geburtensterblichkeit, Rassismus und Verbrechen gegen Frauen

Guatemala, 8. Sept. Am 27. August veröffentlichte das *Zentrum für forensische Analyse und angewandte Wissenschaften* (CAFCA) eine Studie, in der die Ermordung von 87 Frauen analysiert und Faktoren

zusammenstellt werden, welche die Identifizierung der Täter und somit eine gerichtliche Strafverfolgung verhindern. Eines der Hauptprobleme sei das Fehlen von ZeugInnen (in 92% der untersuchten Fälle). Mögliche ZeugInnen sind oft Familienmitglieder der Opfer, Bekannte oder NachbarInnen. Diese aber haben Angst auszusagen, da sie selbst bedroht werden und der Staat nicht über Mittel verfügt, um sie zu schützen. Ausserdem reichen oft die zusammengetragenen Beweise nicht aus, um weitläufigere Nachforschungen anzustellen. Nur in 35 der untersuchten Fälle war die Staatsanwaltschaft am Tatort anwesend um diesen zu sichern und entsprechende Berichte zu verfassen. Ohne solche kann der Tathergang später nicht rekonstruiert werden.

MitarbeiterInnen von CAFCA gaben an, dass die Ermordung von Frauen, der Feminizid, nicht nur auf patriarchalische Gesellschaftsstrukturen zurückzuführen sei. Vielmehr handle es sich um ein soziales Verhalten, der während des Bürgerkrieges übermittelt wurde. In dieser Zeit entwickelte das Militär ein System strategischer Gewalt gegen Frauen. Noch heute warten die Opfer auf Rechtssprechung.

Ebenfalls Besorgnis erregt die Sterblichkeitsrate von Frauen bei der Geburt. Laut Berichten des *United Nations Population Fund* (UNFPA, vom 27.08.2010) ist vor allem die Sterblichkeitsrate bei indigenen Frauen erheblich, mit 211 pro 100.000 Einwohnerinnen, während sie bei nicht indigenen Frauen bei 75 pro 100.000 Einwohnerinnen liegt. Damit positioniert sich Guatemala hinter Haiti in Lateinamerika an zweiter Stelle. Insgesamt starben dieses Jahr schon 206 Frauen während der Geburt, wie *Prensa Libre* am 7. September berichtete. Vor allem die Departements Huehuetenango, Alta Verapaz, Quiché und Quetzaltenango sind betroffen. Das hat ebenfalls Auswirkungen auf die Familienstrukturen. Die im Jahr 2007 bei der Geburt verstorbenen 358 Frauen hinterliessen insgesamt 1.665 Waisenkinder. Laut VertreterInnen des UNFPA muss die kulturelle Herkunft der Gebärenden von den Gesundheitsinstanzen berücksichtigt werden, was die Anerkennung und Anstellung traditioneller Hebammen mit einschliesst.

In diesem Zusammenhang ist auch die hohe Anzahl an Mädchen, die im Alter zwischen 10 und 19 Jahren Mütter werden, zu nennen, sowie der Anstieg von HIV und anderer sexuell übertragbarer Krankheiten bei Jugendlichen. Paolo Ballardelli von der *Panamerikanischen Gesundheitsorganisation* erklärte anlässlich eines internationalen Treffens in Guatemala, dass diese Probleme auf die fehlende Aufmerksamkeit auf sexuelle und reproduktive Gesundheit zurückzuführen seien. Bei 73 von Tausend Geburten werden junge Mädchen zu Mütter. Das übersteigt den Weltdruckschnitt um das doppelte und ist dreimal soviel wie in Europa. Diese Daten muss man in engem Zusammenhang mit sexueller Belästigung und Vergewaltigung sehen. Laut Ballardelli wurden in der Gemeinde La Tinta, Alta Verapaz, 109 Mädchen zwischen 10 und 13 Jahren seit Anfang dieses Jahres schwanger. Was den HI-Virus betrifft, stieg die Rate bei den 15- bis 24-Jährigen seit 2002 von 8,31 auf heute 17,23%.

Derweil kritisierte das *Netz der Organisationen indigener Frauen für reproduktive Gesundheit* (REDMISAR) in Chimaltenango das Gesundheitssystem, da es nur in wenigen Fällen die Frauen in ihrer Muttersprache empfängt. Dies erschwert den Zugang zu den Gesundheitszentren, da Frauen weder erklären können, welches Problem sie plagt, noch verstehen können, was dagegen zu tun wäre. Laut REDMISAR sind vor allem Frauen aus den ländlichen Gebieten betroffen. Neben kulturellen Schwierigkeiten fehle es ausserdem an Medikamenten, Personal und Räumlichkeiten.

Die Studie des UNFPA „Diskriminierung und Rassismus“ untersucht die Diskriminierung indigener Frauen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Justiz und politische Beteiligung. Es wird betont, dass die Diskriminierung nicht nur im öffentlichen sondern auch im privaten Bereich stattfindet. Unter dem Namen „Gleichheit“ versteckten sich verschiedenste Formen der Diskriminierung, sei dies zu Hause, in den Gemeinden oder bei öffentlichen Dienstleistungsträgern. Dies sei besonders an den Gebrauch von traditionellen Kleidern und Sprache geknüpft, da es vor allem Frauen seien, welche diese nutzen. In den Medien würden sie stereotypisiert und ihr Anteil an der Wirtschaft oder der Kultur werde nicht geschätzt. Auch gäbe es keine Anti-Diskriminierungs-Politik und indigene Frauen besetzten höchstens unwichtige Posten im öffentlichen Dienst und seien nicht unter den EntscheidungsträgerInnen zu finden.

„La Isla“ - Archive einer Tragödie eine Collage zum Film von Uli Stelzner

Der Autor: Uli Stelzner

Der Berliner Filmmacher Uli Stelzner (* 1961) ist durch seine Filme über Guatemala bekannt geworden: „Ojala“ (über die Bewegung der guatemalteckischen RückkehrerInnen, 1992), „Romper el Cerco“ (über guatemalteckische RückkehrerInnen und Widerstandsdörfer, 1994), „Die Zivilisatoren“ (über deutsche KaffeeplantagenbesitzerInnen, 1997), „Die Abenteuer einer Katze“ (ein Film über die Aufnahme des Filmes „Zivilisatoren“ in Guatemala, 2000), „Testamento“ (über Alfonso Bauer Paiz, 2003), „Angriff auf den Traum“ (über die Migrationsversuche ZentralamerikanerInnen in die USA, 2006) und nun „La Isla“ (2009).

Der Film: La Isla – Archive einer Tragödie

(LaIslaGuatemala.com) Armee und Polizei verschleppen und ermorden in Guatemala Ende des 20. Jahrhunderts hunderttausende Menschen. Doch dieser beispiellose Völkermord in der jüngeren Geschichte Amerikas bleibt ungesühnt. Ein System von Terror und Strafflosigkeit setzt bis heute auf Schweigen und Mangel an Beweisen.

Doch im Jahre 2005 wird nach einer gewaltigen Explosion in der Hauptstadt von Guatemala zufällig das geheime Archiv der Nationalpolizei gefunden. Auf dem Gelände der heutigen Polizeischule lag früher die „Insel“, ein geheimes Gefängnis gefürchteter Kommandos der Polizei. Und hier tauchen jetzt Millionen Dokumente auf. Der Regisseur ist der bisher einzige Filmemacher, der in diesem Archiv drehen durfte. Es gelingt ihm, mittels einer aussergewöhnlichen visuellen und emotionalen Interaktion die Geschichte einer Tragödie nachzuzeichnen und Beweise für unfassbare Verbrechen zu finden. Er porträtiert ausserdem eine junge Generation von MitarbeiterInnen des Archivs, die sich vom Würgegriff der unaufgearbeiteten Geschichte befreien will.

Reaktion 1: Kevin D., Guatemala Solidarity Group UK, 24.08.2010

(...) Der Film zeigt eine Gruppe von Leuten, die um einen Tisch herum sitzt, umgeben von den Polizeiakten, diese sortierend. Einer nach der anderen sprechen sie über eine Akte, die sie in ihren Händen halten, und dadurch entfaltet sich die Geschichte Guatemalas der letzten 56 Jahre. Die Zeugenaussagen von Rolando, einem Freiwilligen, berühren einen sehr: Er findet heraus, was mit seinem Vater passierte, kurz bevor er auf die Welt kam. Gewaltsame Tode und Verschwundene waren Alltag, und die Leben wurden durch Gewalt vernichtet, die vom Staat erlaubt wurden. Filmausschnitte, die zuvor niemals in Guatemala zu sehen waren, werden gezeigt. Darunter Bilder und Originalton vom Niederbrennen der Spanischen Botschaft, dem Staatsstreich von Ríos Montt und – am interessantesten – ein Interview mit Otto Pérez Molina, der über die israelischen Waffen spricht, die im Quiché während der Militäroffensive zu Beginn der 1980er Jahre benutzt wurden. Szenen über staatliche Gewalt in den Strassen der Hauptstadt und in den Bergen werden ebenso gezeigt. Die Aufnahmen von heutigen PolizeirekrutInnen während ihrer Ausbildung stellen einen aufschlussreichen Link her zur Gegenwart. Die Cellomusik erzeugt, jedenfalls bei mir, ein Gefühl der Erdung und Wahrhaftigkeit der Geschehnisse, die beschrieben werden. Im Zentrum des Filmes steht immer das Archiv als solches und was es für die zukünftige Generationen bedeutet, um zu verstehen, was in den dunklen Jahren der guatemalteckischen Geschichte geschah.

Reaktion Nr. 2: Ilka Ibonette Oliva Corado, eine in den USA lebende Guatemaltekin in den USA, 25. 04. 2010

(<http://ilkaoliva.blogspot.com/2010/04/una-isla-en-chicago.html>) Die Nachricht, das „La Isla“ auf dem Festival des Lateinamerikanischen Kinos in Chicago gezeigt werden würde, hat uns alle überrascht, einmal aufgrund der Premiere in Guatemala-Stadt [s.u.] und zweitens aufgrund des Inhaltes (da doch hier in den USA alles durch die Maschen fällt). Obwohl wir ziemlich verstreut lebten, fanden wir fünf FreundInnen uns zusammen, um zu diesem Festival zu gehen. Im Kinosaal, im vierten Stock einer Shopping Mall, traten wir ein – nicht ohne Nachos und andere Leckereien. Der ganze Saal verharrte in einer Grabesstille. Von Anbeginn des Filmes begannen die Schluchzer, es gab niemanden, der nicht weinte, jeder für sich in seine privaten Schmerzen gehüllt. Einige, weil sie selbst Angehörige hatten, die verschwunden waren. Andere, die keine Ahnung von dem hatten, was in der Vergangenheit an Grausamen in Guatemala geschah, weil dies nun das Archiv ans Licht brachte.

Die Aufnahmen der Akademie der Zivilen Nationalpolizei (PNC) bringen mir sofort die Bilder von mir wichtigen Personen ins Gedächtnis. Wie ich diese Jugendlichen in Uniformen sehe, wie sie gedrillt werden, sehe ich meine Tante Reyna und fühle ihre Beklemmung, als sie die Entscheidung traf, zur Polizei zu gehen. Sie war die Jobsuche leid, sie hatte zwei Söhne, die nach Essen schrien, eine unsichere Zukunft. Wir fuhren oft zur Akademie, um sie zu besuchen.

Ich sehe einen Freund – Tono – in der Akademie marschieren. Er war ein Träumer, wollte ein grosser Arzt werden. Ja, hier steht er nun, mit seiner Waffe am Gürtel, in Reih und Glied der Polizeischüler der PNC marschierend.

Wir hören die Zeugenaussagen der zwei Geschwister, deren Familie vom Militär umgebracht oder verschwunden worden ist. Wir hören die ZeugInnenaussagen der Söhne und Töchter der Verschwundenen, die heute in diesem Archiv arbeiten, ihre Hilfe anbieten, um unsere finstere Vergangenheit aufzuklären. Es gefriert einem das Blut, diese Fotografien zu sehen, mit ihren minutiös datierten Akten mit der Aufzählung aller Foltermethoden, die sie benutzen – Ojo por Ojo, Mano Blanca ...

Diese Akten schreien von ganz weit her, an diesen Ort des Lichts. Wie soll man nicht weinen um die grausam Ermordeten? Um die Verschwundenen und über die Täter, die weiterhin nach Belieben durch die Strassen Guatemalas schlendern? Wie soll man nicht wütend werden, wenn die Gerechtigkeit zugedeckt wird durch die Straflosigkeit? Wie soll man sich nicht machtlos fühlen, wenn die Verwundbarsten immer die Betroffenen sind? Weil die Reichen liebend gerne ihre Fincas hergaben, damit sie dort ihre Folter praktizierten. Wie soll man das Bewusstsein der GuatemaltekinInnen bilden, wenn wir unsere Vergangenheit negieren? Leiden wir unter Amnesie? Die Verantwortlichen müssen bezahlen, für die Toten, die Folter, die Söhne und Töchter des Krieges, für die Flüchtlinge, die RückkehrerInnen, für den Schmerz in der Seele jener, die ihre verschwundenen Lieben suchen. Weil sie die Vergangenheit unter den Teppich kehrten und die Zukunft eines gerechten Landes verbauten.

Der Film „La Isla“ sollte überall gezeigt werden: in Schulen, Fachschulen, Universitäten, damit die Jugend ihre Vergangenheit kennenlernt. Er sollte gezeigt werden in den Räumen der Akademie der PNC, in den Kasernen, im nationalen Fernsehen, an allen Orten, wo sich GuatemaltekinInnen treffen.

„La Isla“ endet, ein Lied verabschiedet uns. Die Nachos mit Käse und das ganze Zeug blieben unberührt, die Lichter des Saales gingen an, und niemand bewegte sich, alle fühlten die Notwendigkeit, zu weinen. Während wir fortgingen, umarmten wir uns, ohne uns zu kennen. Die Gruppe der GuatemalteKInnen im Saal vereinte sich im Schmerz um die Vergangenheit, um das Land, das schreit „Hört auf die Opfer“, das nach Gerechtigkeit schreit, das schreit „Hier ist eine Geschichte, die kennengelernt werden möchte“.

Reaktion 3: Die Premiere in Guatemala und Versuche, sie zu verhindern

(IskacineBlog) Nicht mal eine Bombendrohung und das Abdrehen des Stroms konnten verhindern, dass die Premiere des Films „La Isla – Archive einer Tragödie“ am Freitagabend (16.04.2010) im Nationaltheater in Guatemala-Stadt stattfand. 2000 Menschen sahen in gespenstischer Stille den Film über Regierungsverbrechen, die während des Bürgerkrieges begangen worden sind. Die Eintrittskarten für die folgenden zwei Aufführungen waren schon Wochen zuvor ausverkauft. „Mein Film“, so schreibt Uli Stelzner, „handelt von den Verbrechen gegen die Menschlichkeit, von Genozid und dem Verschwindenlassen von oppositionellen Personen durch nationale Sicherheitskräfte, die durch das Auffinden des Geheimarchivs der PNC vor einigen Jahren öffentlich wurden. Bis dahin unveröffentlichtes Filmmaterial und CIA-Dokumente belasteten unter anderem den rechten Präsidentschaftskandidat und ehemaligen General Otto Perez Molina. In den Tagen vor der Premiere machte seine Partei Druck auf die deutsche Botschaft und bezichtigte die deutsche Regierung einer systematischen Schmutzkampagne. Daraufhin hat sowohl die Regierung wie die Botschaft von ihren geplanten Grussadressen Abstand genommen. Am Morgen des Premierenabends erhielt das Nationaltheater eine Bombendrohung, und es wurde Alarm ausgelöst, Spezialkräfte marschierten auf. Wenige Stunde vor Beginn der Veranstaltung begannen unbekannte Personen, die Stromversorgung abzuschneiden. Am Ende konnte der Film unter grossen Sicherheitsmassnahmen gezeigt werden. Es folgten sehr emotionale und berührende Momente. Insgesamt 6000 ZuschauerInnen besuchten die drei Aufführungen an dem Wochenende. Die Veranstaltung als solche und das Durchbrechen des Schweigens über den Film werden heute als historisch eingeschätzt.

Kinotermin Deutschland

Hamburg: 23.9. bis 29.9. 2010 im Kino 3001 www.3001-kino.de

Witzenhausen: 27.10. bis 03.11.2010

Kassel: 28.10.2010 www.filmladen.de

Giessen: 29.10.2010 im Rahmen der Globale www.jokus-giessen.de

Marburg: 30.10. 2010 im Rahmen Mittelhessen www.cineplex.de/kino/home/city32/

Frankfurt: 28.10. bis 03.11. 2010, Mal seh'n Kino www.malsehnkino.de

Hamburg: 02.11. 2010, Werkstatt 3, Lateinamerika-Tage www.werkstatt3.de

Leipzig: 25.11.2011, www.cinematheque-leipzig.de

Kinotermin Schweiz

Luzern: 10.12.2010, Filmtage Luzern: Menschenrechte

<http://www.romerohaus.ch/filmtageluzern.html>



Hijóle, die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Es rumort

Dieser Winter überschwemmt uns mit Regen und Tränen. Die Maya-Kultur wusste noch, wie mit der Mutter Erde zusammenzuleben ist; man fragte sie um Erlaubnis, wusste ihre Signale zu deuten, respektierte ihre Bedürfnisse, machte Konzessionen, befand sich im Austausch mit ihr. Die Kultur der Ausbeutung, die uns die ZivilisatorInnen brachte, entpersonalisierte die Natur, reduzierte sie zu einem Objekt, das man nutzte und ausnutzte, das man entweihte. Deshalb ist sie heute unsere Feindin: sie zerstört oder tötet uns, sie bedroht uns von unten mit Gedröhne und von oben mit Erdbeben.

Auch andere Aushöhlungen bedrohen Guatemala. Im Pentagon heisst es, dass Guatemala immer mehr zu einem Narco-Staat werde; 40% unseres Territoriums sei in den Händen der DrogenhändlerInnen. Und – wobei diese Meldung nicht vom Pentagon stammt – wir chapines (GuatemalteKInnen) wissen auch, dass unser Land in den Klauen anderer Banden steckt, jener der internationalen Unternehmen. Sowohl die einen wie die andern verfolgen gnadenlos ihr Geschäft, beuten unseren Reichtum aus und haben die Staatsangestellten im Visier, die sie entweder kaufen oder einschüchtern, um ihre Kollaboration bei diesen Verbrechen zu erreichen. So kommt es, dass dieser Staat, den die einheimische „Criolla“- Oligarchie von den SpanierInnen befreit hatte, heute im Eilzugtempo ausgehöhlt wird, und zwar nicht nur von dieser altmodischen Oligarchie, sondern genauso von den

mächtigen transnationalen AgentInnen. Fremde bohren in massivem Stil an den Fundamenten unserer guatemalteckischen Häuser.

Doch das Problem liegt nicht nur bei uns. Das bestialische Massaker an den 72 lateinamerikanischen MigrantInnen in Tamaulipas, Mexico, ist einmal mehr ein Prankenhieb jener Monster, die uns unsere Wurzeln abgraben. Am Sonntag, 5. September, veröffentlichte ElPeriódico eine erstaunliche Reportage, in der es hiess, dass „im Zeitraum von zehn Jahren, zwischen 1998 und 2008, 60'000 MigrantInnen aus Zentral- und Südamerika verschwanden, die vorhatten, in die USA zu reisen. Über ihr Schicksal weiss man nichts, man hat einfach ihre Spur verloren ... Wie können so viele Körper einfach so verschwinden?“

Über das Massaker von Tamaulipas veröffentlichten die Massenmedien sofort irgendwelche grossgekotzten Interpretationen, um kritische Fragen der LeserInnen zu verhindern. Sie sagten zum Beispiel, dass die Getöteten sich geweigert hätten, als Mörder der Zetas zu kollaborieren. Aber die Wahrheit bringt andere Zahlen ans Tageslicht: Die 600'000 MigrantInnen, die jedes Jahr Mexiko durchreisen, werden systematisch bedroht, erpresst, ausgenommen, vergewaltigt und ermordet, was wiederum ein schmutziges Einkommen von 3000 Millionen US-Dollar für die Drogenbanden und die korrupte Polizei der USA und Mexikos bedeutet. Auch wenn diese Tragödien für die Medien normalerweise keine Nachricht wert sind, gab es im Fall von Tamaulipas ZeugInnen, dank denen wir überhaupt von dem Massaker wissen. Aber vielleicht „liess man sie überleben, damit sie davon erzählen und noch mehr Terror säen“ (www.gennarocarotenuto.it in rebelion.org, 2/9/10). Es ist gut möglich, dass die zerstörten Körper gezeigt wurden, um andere MigrantInnen abzuschrecken; schliesslich ist bekannt, dass der rassistische Sherrif Joe Araio von Maricopa, Arizona, viele AnhängerInnen hat. Sicher ist jedenfalls, dass das Leiden der MigrantInnen wie das Blut ist, das aus einer Wunde quillt und nicht nur die 3000 Millionen US-\$ hervorbringt, die man ihnen für die Reise abnimmt, sondern auch die andern 10'000 Millionen US-\$, die sie in Form von Rimesen nach Hause schicken.

Zweifellos tummeln sich in den Informationen, welche die Medien verstecken, düstere Kriminelle, viele von ihnen Meisterdiebe. Der Drogenhandel gehört nach dem Öl und dem Waffenhandel zu den lukrativsten Geschäften und ist zum grössten Teil in den Händen der USA. Mit ihm werden gemäss Angaben der UNO jährlich rund 300 bis 500 Milliarden US-\$ gemacht. Die Agenten der CIA sind Experten im internationalen Drogengeschäft und im Waffenhandel. Ausserdem ist das US-amerikanische Bankengeschäft der grösste Profiteur der Geldwäscherei, die Milliarden von US-\$ umfasst (<http://www.nodo50.org/cepid/spip.php?article897>).

Einige der wichtigsten US-amerikanischen Banken und Geldunternehmen, unter ihnen Wells Fargo, Bank of America, Citigroup, American Express und Western Union, haben während Jahren vom Waschen der Gelder profitiert die aus dem Drogenhandel stammen. Die Strafen, die sie dafür bezahlen mussten, waren minim. So auch die Wachovia Corp., die im Jahr 2008 von Wells Fargo aufgekauft wurde und die heute die Bank mit den meisten Niederlassungen in den USA ist. Wells Fargo gab vor Gericht zu, dass die Wachovia verdächtige Transaktionen weder überprüft noch angezeigt hat, so auch nicht, als es um ein Darlehen für den Kauf von vier Flugzeugen ging, mit dem 22 Tonnen Kokain transportiert wurden. All dies kam bei einem gerichtlichen Vergleich zu Tage, den die Bank mit den US-Steuerbehörden im März 2010 schloss. Wachovia gab zu, zwischen Mai 2004 und Mai 2007 mehr als 378 Milliarden US-\$ illegaler Herkunft verwaltet zu haben.

Ein anderes Beispiel ist Western Union, die Anfang dieses Jahres 94 Millionen US-\$ zahlte, um eine Straf- und Zivilklage des Generalprokurators von Arizona zu „regeln“. Undercoveragenten, die sich als Drogenhändler ausgaben, gelang es in 20 verschiedenen Filialen, Angestellte des Unternehmens zu schmieren und zu bestechen (<http://www.cubadebate.cu/noticias/2010/08/17/el-dinero-del-narcotrafico-se-lava-en-los-grandes-bancos-norteamericanos/>).

Es ist offensichtlich, dass der Drogenhandel zu den strategisch wichtigsten Interessen der US-Aussenpolitik gehört. Einerseits wegen des riesigen Gewinns, den er abwirft. In Afghanistan zum Beispiel, das jetzt unter Kontrolle der CIA und der Marines ist, wird rund 92% des weltweit vorhandenen Opium produziert (Daten der UNO/UNODOC), was jährlich etwa 120'000 Millionen US-\$ Gewinn abwirft. Auf der andern Seite dient der Drogenhandel dem Imperium dazu, mit unglaublichem Zynismus seine Interventionspolitik zu rechtfertigen, zum Beispiel das Errichten von 865 Militärbasen ausserhalb des Landes, 9 davon in Lateinamerika (gemäss nicht aktualisierten Daten aus dem Jahr 2009). Aber: Sollte ein so aussergewöhnlicher Militärapparat nicht in der Lage sein, den Drogenhandel zu unterbinden? Falls es tatsächlich darum gehen sollte, weshalb geht man das Problem nicht an der Wurzel an, indem man die Nachfrage unterbindet, die zum grössten Teil von den 60 Millionen US-amerikanischen DrogenkonsumentInnen stammt? (<http://www.nodo50.org/cepid/spip.php?article897>)

Aus so vielen Vermutungen und Unwahrheiten erwachsen Vorschläge, die das Szenario radikal verändern wollen: Die Drogen legalisieren so wie den Alkohol oder den Tabak. Es ist möglich, dass dies die soziale Gewalt, die politische Korruption, die Aushöhlung von Nationalstaaten und die Alibis für Interventionen verändern würde. Denn, ist nicht der Preis zu hoch, den wir bezahlen, damit die 60 Millionen NordamerikanerInnen weiterhin ihre Drogen konsumieren können, an denen soviel Blut klebt?

Venezuela und Ecuador wurden der Farce überdrüssig und wiesen die Agenten der DEA (US-amerikanische Drogenbekämpfungsbehörde) aus dem Land. Um endlich mit dem Gedröhne Schluss zu machen.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

barbara-m@bluewin.ch

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

fijate@web.de

E-Mail-Abo: Euro 50.-